

## Die Kirche meldet sich kaum noch zu Wort

Die Kirche hat sich in den lauten Streit um die politische Moral nicht eingemischt. Dafür gibt es gute Gründe, denn inmitten der überbordenden Emotionen würde ein abgewogenes Wort zur Zeit ohnehin kaum gehört. Die Kirche meldet sich aber auch sonst kaum zu Wort. Sie gerät immer mehr in Gefahr, zu einer „schweigenden Kirche“ zu werden, nicht durch die Macht des Staates, nicht durch die Gewalt einer politischen Partei, sondern durch die *Konzeptlosigkeit in den eigenen Reihen*.

Im September jährt sich das Ereignis des Papst-Besuches in Österreich, der nach dem Urteil aller Beobachter in unerwarteter und außerordentlicher Weise gelungen ist und der auch für die Zukunft vielversprechend erschien. Das im Vorjahr plötzlich festgestellte religiöse Interesse bei vielen Menschen außerhalb des Kreises der regelmäßigen Kirchgänger führte in der unmittelbaren Nacharbeit von Papst-Besuch und Katholikentag zu vielfältigen, auch selbstkritischen Erkenntnissen, die jedoch meist ohne Folgen geblieben sind. Die Einsicht, daß man bisher zu sehr auf einen inneren Kreis konzentriert gewesen war, die Erkenntnis, daß die Katholiken in Zukunft viel stärker Wege zu den anderen Menschen finden müßten – alles das wurde in Konsistorien und anderen Gremien eifrig debattiert, blieb aber im großen und ganzen ohne erkennbare Konsequenz. Auch die Überlegungen, ob man das gegenwärtige *Kirchenbeitragssystem*, das zweifellos ein Anlaß für die bersorgnis-erregend große Zahl von Kirchengaustritten ist, ändern sollte, sind ohne praktische Folgerungen geblieben. Einzig und allein im *Jugendbereich* kommt es in einzelnen Diözesen zu neuen Lebenszeichen, die erfreulich sind, zu neuen Aktivitäten, die zu Hoffnung Anlaß geben. Die große Zuversicht, die im Vorjahr weit über den Kreis der Kirchgänger hinaus in Österreich spürbar war, scheint jedoch insgesamt wieder dem lähmenden Zweifel zu weichen, ob man überhaupt etwas ändern könne und

was man eigentlich in dieser Situation tun solle. Dazu kommen noch die Auswirkungen des Priestermangels, der immer stärker nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ spürbar wird und der immer ausgeprägter zu einer Fixierung der innerkirchlichen Diskussion auf Sorgen und Probleme des Klerus verleitet. Die *ungeklärte personelle Konstellation* dürfte die Lage noch zusätzlich verstärken. Kardinal *Franz König*, Erzbischof einer der größten Diözesen der Welt, hat bekanntlich nach dem Katholikentag im Vorjahr mit Rücksicht auf sein Alter seinen Rücktritt angeboten. Papst Johannes Paul II. hat diesen Rücktritt nicht angenommen. Es ist anzunehmen, daß der Kardinal, der für die letzten Jahrzehnte zum großen Sprecher der Kirche in Österreich und zum Brückenbauer zwischen der Kirche und traditionell kirchenfeindlichen säkularen Strömungen geworden ist, noch einige Zeit im Amt bleiben wird. Verständlicherweise sind aber für diesen Zeitschnitt kaum neue Initiativen zu erwarten. Diese Ungewißheit über die personelle Zukunft hat auch Auswirkungen auf jene Bistümer, in denen die Bischöfe *Weber, Kapellari* und *Aichern* (Graz, Klagenfurt und Linz) residieren, die zu den wahrscheinlichsten Nachfolgekandidaten zählen,

wenn man vom Wiener Weihbischof *Krätzl* absieht.

## Eine neue Plattform?

Um die Dinge dennoch in Bewegung zu bringen, hat der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, *Eduard Ploier*, vorgeschlagen, daß in Österreich eine neue „Plattform“ für die geistige Auseinandersetzung gegründet werden soll, in die nicht nur die Repräsentanten der verschiedenen katholischen Laienorganisationen und Gruppen, sondern auch Laienmitarbeiter aus den Diözesen eingebunden werden sollen. Diese „Plattform“ solle alle zwei Jahre in Anwesenheit von Bischöfen und Priestern einen konstruktiven Dialog führen. Derartige „Plattformen“ sollten auch auf diözesaner und regionaler Ebene errichtet werden. Ploier, der sich für diese ganz neue Form innerkirchlicher Kommunikation aussprach, warnte aber davor, daß ein solches Gremium zur „Selbsterhaltung katholischer Funktionäre“ werden könnte. Die „Plattform“ müsse vielmehr die wirklich existentiellen Probleme der Christen, ja aller Menschen erörtern und auch die Frage der Glaubensweitergabe sowie die Frage nach einem geglückten Leben in aller Offenheit behandeln.

F. C.

## Nicaragua: Ist der Bruch noch vermeidbar?

Aus der seit drei Jahren schwelenden ideologischen Auseinandersetzung zwischen Kirche und Sandinistischer Regierung in Nicaragua ist ein *offener Kirchenkampf* geworden, der sowohl politisch-gesellschaftlich wie auch innerkirchlich schwere Auswirkungen haben dürfte. Den Anlaß gab am 13. Juli die Ernennung des Jesuiten *Fernando Cardenal* zum nicaraguanischen Erziehungsminister. Die durchsichtige propagandistische Maßnahme (*Daniel Ortega* anläßlich der Ernennung: „Eine Revolution legt die Erziehung in die Hände eines Prie-

sters und wird angeklagt, die Kirche zu verfolgen ...“), die nur wenige Tage nach der Ausweisung von zehn Priestern erfolgte, und die Äußerung des neuen Ministers, er habe seine Ernennung „ohne formalen Einspruch des Heiligen Stuhls, des Episkopats von Nicaragua und seiner Ordensoberen“ angenommen, bewogen den Vatikan zu einer Klarstellung.

In einer am 13. August veröffentlichten offiziellen Note werden die drei Priester in der Regierung Nicaraguas, *Fernando Cardenal*, sein Bruder *Ernesto Cardenal* (ehemaliger Trappist,



später Gründer der Gemeinschaft von Solentiname und jetzt Kulturminister) und *Miguel d'Escoto Brockman* (Außenminister und Mitglied der Missionskongregation Mary Knoll) aufgefordert, ihre politischen Ämter niederzulegen.

### Hartnäckige Priester-Minister

Die gleiche Aufforderung gilt dem Botschafter Nicaraguas bei den Vereinten Nationen, dem Geistlichen *Edgar Parrales*. Die römischen Behörden verweisen auf den Kanon 285 § 3 des neuen Kirchenrechts, in dem es heißt: „Öffentliche Ämter auszuüben, die eine Beteiligung an der Ausübung der staatlichen Gewalt mit sich bringen, ist Klerikern verboten.“ Dieses „kategorische Verbot“ gelte unabhängig von jeder konkreten Situation und ihrer jeweiligen Einschätzung. Zudem hieß der Vatikan die Stellungnahme des Generaloberen der Jesuiten, *Peter Hans Kolvenbach*, ausdrücklich gut, in der von schmerzlichen Folgen für Fernando Cardenal die Rede ist, falls dieser nicht von seinem politischen Amt zurücktrete. Dieser erklärte jedoch nach dem Besuch des Generalassistenten der Jesuiten für Lateinamerika, *Juan Ochagavia*, in der Regierungszeitung „Barricada“, er werde in seinem Amt bleiben und alle Sanktionen auf sich nehmen „aufgrund der Verpflichtung, die Christen für die Armen und die Revolution der Armen haben“. Ähnlich soll sich sein Bruder Ernesto geäußert haben.

Während der Generalobere der Jesuiten eine Entscheidung dem Vernehmen nach erst nach seinem Lateinamerika-Besuch Anfang Oktober anstrebt, scheint es im Vatikan und vor allem in der Nicaraguanischen Bischofskonferenz Stimmen zu geben, die für eine umgehende disziplinarische Regelung, das heißt die *Amtsenthebung* aller drei Priester, eintreten, falls diese ihre politischen Ämter nicht aufgeben wollen. Angeblich ist den vier bereits eine Frist bis zum 30. August gesetzt. Die Befürworter einer raschen und rigorosen Lösung dürften dabei auch die für den 4. November vorgesehenen nicaraguanischen Wahlen im Auge ha-

ben, da ein Bruch der Amtskirche mit den drei Priester-Ministern das Wahlverhalten der traditionell kirchen- und bischofstreuen nicaraguanischen Bevölkerung mit Sicherheit zuungunsten der Sandinisten bestimmen würde.

Mit der Intervention des Vatikans ist die *kulturkämpferische Entwicklung* in Nicaragua an einen neuen, vermutlich entscheidenden Punkt gelangt. Das Verhältnis zwischen der Ortskirche und dem sandinistischen Revolutionsregime nimmt zusehends die Züge offener, von staatlicher Seite ausgesprochen feindseliger Gegnerschaft an. Ein Junta-Mitglied soll den Erzbischof von Managua, *Miguel Obando Bravo*, öffentlich als „Antichristen“ bezeichnet haben. Zum wiederholten Male versuchte das Regime im Juni, durch einen nach kirchlicher Darstellung gefälschten Film einen Priester zu diskreditieren. Pfarrer *Amado Peña* wird vorgeworfen, Waffen und Sprengstoff für die antisandinistische „Nicaraguanische Demokratische Kraft (FDN)“ transportiert zu haben. Mit der Ausweisung von zehn ausländischen Geistlichen im Juli, denen ebenfalls „intensive gegen die Regierung gerichtete Aktivitäten“ vorgeworfen werden, zog das Regime die internationale Aufmerksamkeit und die Empörung der Weltkirche auf sich. Drei der Priester hatten an einem von Erzbischof Obando angeführten Solidaritätsmarsch für die bedrängte Kirche Nicaraguas teilgenommen, der auch dem unter Hausarrest gehaltenen Pfarrer Peña galt.

### Gespaltene Kirche

Angesichts solch demonstrativer anti-kirchlicher Akte ist es kaum vorstellbar, daß die Sandinisten mit der Ernennung eines weiteren Priesters zum Minister (der als ehemaliger Leiter der Alphabetisierungskampagne und überzeugter Anhänger des Regimes bekannt ist) den Vorwurf der Kirchenfeindlichkeit glaubten entkräften zu können. So wenig überzeugend der Versuch war, so energisch reagierten die kirchlichen Stellen. Die nicaraguanischen Bischöfe wie der Vatikan sorgen sich ja nicht nur um eine von außen machtpolitisch und ideologisch

bedrängte Kirche, sondern um das parallel zur politischen Entwicklung gewachsene Problem einer drohenden *Kirchenspaltung*. Eine kleine, zahlenmäßig schwer erfassbare Minderheit von Priestern und (in geringerer Anzahl) Laien, die sogenannte *Iglesia Popular* (Volkskirche), vertreten als überzeugte Anhänger des sandinistischen Regimes die Auffassung, eine Kirche der Armen, wie sie von den lateinamerikanischen Bischöfen in Puebla 1979 definiert wurde, sei in Nicaragua situationsgegeben an der Seite der Sandinisten zu verwirklichen. Den Bischöfen galten sie sehr bald als politisch naiv und ideologisch verblendet; innerkirchlich, so wurde und wird ihnen vorgeworfen, wirkten sie spalterisch und verwirrten die Gläubigen. Wer in den letzten Monaten beide Seiten, Bischöfe aus Nicaragua und Vertreter der „Iglesia Popular“, gehört hat, kommt zu dem Schluß, daß die Kirche in Nicaragua bereits gespalten ist, nicht theologisch-dogmatisch, aber politisch und ideologisch.

Auch innerkirchlich haben sich die Fronten *verhärtet*. Von der „Iglesia Popular“ ist zu hören, die Bischöfe verstünden die Anforderungen des Evangeliums im „neuen Nicaragua“ nicht und verpaßten so eine historische Chance. Besonders bedenklich stimmt der auch von kirchlichen Beobachtern anderer Länder geäußerte Eindruck, einer Vielzahl von Stellungnahmen und Berichten über die „Volkskirche“ stehe heute ein Nichts an direkten Kontakten gegenüber. Auch fehlt es in Nicaragua offenbar sowohl an amtskirchlichen Vertretern wie auch an Theologen, die zwischen den starren Fronten vermitteln könnten. So zutreffend der Eindruck starker Polarisierung innerhalb der nicaraguanischen Kirche ist, er wurde, so ist heute von Kirchenvertretern im Gespräch zu hören, vielleicht zu früh und zu häufig beschworen.

### Wer ist mit „Kirche des Volkes“ gemeint?

Die kritischen Stellungnahmen aus den in Nicaragua tätigen Orden und Kongregationen auf den Osterhirtenbrief der Bischofskonferenz über die



Versöhnung zeigten einerseits ein weiteres Mal, wie gegensätzlich die politischen Standpunkte innerhalb der Kirche sind. In ihren jeweiligen Erklärungen werfen die Jesuiten, Dominikaner (und Dominikanerinnen) sowie Vertreter einiger anderer Orden den Bischöfen Einseitigkeit in der Darstellung und Einschätzung der Realität ihres Landes vor. So werde die Tatsache eines „amerikanischen Angriffskrieges gegen Nicaragua“ (Erklärung der Jesuiten – die Dominikaner sprechen von einem „Nicaragua von den USA aufgezwungenen Krieg“) verschwiegen, die positiven Errungenschaften der sandinistischen Revolution würden mit keinem Wort gewürdigt. Auf völliges Unverständnis stößt die Aufforderung der Bischöfe, die antisandinistischen Kampfverbände im Norden und Süden des Landes „ohne Diskriminierung“ am nationalen Dialog zu beteiligen. Zusammenfassend heißt es in der Stellungnahme der Dominikaner: „Wir beobachten ein weiteres Mal, daß die katholische Hierarchie sich den Empfindungen der großen Mehrheit der armen Bevölkerung verschließt, in Übereinstimmung mit den Plänen der traditionellen Herren in diesem Teil der Welt handelt und die Religion in den Dienst einer bestimmten politischen Richtung stellt ...“ (DIAL 954, 19. 7. 84). Die Ordensoberen werfen den Bischöfen in ihrer Erklärung vor, sie verschärften die Polarisierung mit ihrer partiellen Sicht der politischen Realität zusätzlich.

Die Verfasser der drei Erklärungen sind sicher nicht ohne weiteres und insgesamt der „Iglesia Popular“ zuzurechnen, von der die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief schreiben, sie habe die Einheit der Kirche verlassen. Daß der offene Widerspruch gegen die bischöfliche Hierarchie nicht nur von der kleinen Gruppe der „Volkskirche“ gewagt wird, läßt die Risse in der nicaraguanischen Kirche noch tiefer sichtbar werden. Mit einem Absondern eines kleinen „kranken“ Teils des kirchlichen Organismus ist es offenbar nicht getan.

Die Jesuiten stellen dazu in ihrer Erklärung fest: „Die Bischöfe umreißen

und verdammen mit wenigen Federstrichen, was sie ‚einen sehr kleinen Teil unserer Kirche, der die Einheit mit ihr aufgegeben hat‘ nennen. Aber sie sagen nicht genau, wer zu diesem Teil gehört. Es ist also denkbar, daß jeder Katholik, der in seinem Gewissen nicht mit dem moralischen und religiösen Urteil übereinstimmt, das unsere Bischöfe über die politische Lage in Nicaragua gefällt haben, als Gefahr für die Einheit der Kirche bezeichnet wird. Und dies um so mehr, als der Hirtenbrief keine Unterscheidungen trifft, ob es sich dabei um lehramtliche, liturgische, spirituelle, disziplinarische, moralische oder soziopolitische Aspekte handelt. Ist die Zeit nicht längst reif für das Tolerieren unterschiedlicher Auffassungen, wo es um diskutabile Themen geht? Ist es nicht höchste Zeit ... für den mit Respekt, in Ruhe und Freiheit geführten Dialog in der Kirche? Wir glauben, daß die Kirche, wenn sie mit ihrem Aufruf zur Versöhnung glaubwürdig sein will, selbst als Sakrament der Versöhnung innerhalb der eigenen Gemeinschaft wirken muß“ (DIAL, 21. 6. 84).

### **Einstweilen nur die Fronten geklärt**

In der Tat läßt sich aus dem „Hirten schreiben über die Versöhnung“ vom 22. April dieses Jahres eine gewisse Einseitigkeit herauslesen, nicht so sehr aus den Aussagen des Dokuments als aus seinen an manchen Stellen betont

allgemeinen Formulierungen und seinen Auslassungen. So fällt auf, daß der „Kriegszustand mit seinen überaus schmerzlichen Folgen“ als Faktum Erwähnung findet, ohne daß der Ausbruch der Gewalt, konkret die Angriffe der antisandinistischen Rebellen an den Grenzen Nicaraguas, verurteilt oder wenigstens zum Einstellen der Kampfhandlungen aufgerufen wird, wie dies etwa die Bischöfe des benachbarten El Salvador immer wieder tun. In der jüngsten Erklärung vom 30. Juli forderten die Bischöfe gezielt die sandinistische Regierung auf, „dem Blutbad unter der Jugend“ ein Ende zu setzen.

So haben in der gegenwärtigen Phase politischer Hochspannung die letzten Stellungnahmen der Bischofskonferenz bestenfalls (noch einmal) die Fronten geklärt. Und die jüngsten kolportierten Äußerungen der drei Priester in Ministerämtern lassen eher auf einen Bruch mit der Kirche als auf eine ernste inhaltliche Auseinandersetzung oder gar ein Einlenken schließen. Zweifellos durchlebt die Kirche in Nicaragua ihre schwierigste Zeit. Die Chance, die Auseinandersetzung mit dem Revolutionsregime auf ihrem Höhepunkt beizulegen, ist mehr als gering. Innerkirchlich könnte nur ein langwieriger und geduldiger Dialog über den überwiegend ideologischen Konfliktstoff zu einer Annäherung führen. Es wäre zu wünschen, daß die Bereitschaft dazu auf beiden Seiten wieder wächst. G. B.

## **Auf dem Weg zu einem afrikanischen Konzil?**

Schon während des Zweiten Vatikanischen Konzils arbeiteten die Bischöfe Afrikas in einer gesamt afrikanischen Konferenz mit einem eigenen Sekretariat zusammen. Im Anschluß daran konzentrierten sie sich auf die Bildung nationaler und regionaler Bischofskonferenzen. Aber schon 1968 zeigte sich der Wille zu einer gesamt afrikanischen Begegnung, welche zum ersten

Symposium der Bischofskonferenzen Afrikas und Madagaskars (SCEAM – SECAM) vom 28. – 31. Juli 1969 führte (vgl. HK, September 1969, 400–402). An der Schlußsitzung in Kampala nahm Papst Paul VI. teil. Man wollte sich damals bewußt vom Rat der lateinamerikanischen Bischöfe (CELAM) unterscheiden und betonte im Symposium eine brüderliche Zu-